

len Befragten (30 Prozent der spontanen Nennungen).

Die Studie schließt deshalb auf ein „sozial-karitativ geprägtes Verständnis“ des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland, das freilich wiederum vor allem von den älteren Frauen bevorzugt wird. Bei den Männern stehen im großen und ganzen die Sportvereine am höchsten in der Gunst (20 Prozent), die Altenbetreuung kommt immerhin auf 18 Prozent, kirchliches Engagement hingegen nur auf fünf Prozent (Frauen: elf Prozent). Selbst bei den Teenagern führt die Altenpflege mit 24 Prozent die Liste an. Dieses Ergebnis wird in der Studie allerdings zu Lasten der jungen Generation ausgelegt, die dem „überkommenen Klischee vom hilfsbedürftigen Alten“ nachhingen.

Grundsätzlich, so haben die Befragten zu erkennen gegeben, werden die „aktiven Bürger“ im Alter von 30 bis 60 Jahren, die in vielen Fällen auch die Protagonisten der Arbeitswelt sind, für die

Zusammenarbeit bei einem freiwilligen Engagement bevorzugt. Jüngere hingegen arbeiten besonders gern mit Jüngeren zusammen, im abgeschwächten Maße gilt dies analog für ältere Menschen. Viele ältere Leute (40 Prozent) und noch mehr jüngere (46 Prozent) sind der Überzeugung, daß sie zusammen mit der jeweils anderen Generation nur wenig oder sogar gar nichts bewegen können – obwohl sich paradoxerweise 80 Prozent (uneingeschränkt: 29 Prozent) dafür einsetzen wollen, daß sich die Generationen näher kommen. Junge Menschen zwischen 20 und 30 sind hier freilich am wenigsten zu begeistern.

Betrachtet man zuletzt die Motivationen für ein Engagement, so überwiegt aufs Ganze gesehen die Nennung, auf diese Weise das Gefühl vermittelt zu bekommen, gebraucht zu werden. Daß jüngere Menschen vor allen Dingen „Fun“ mit ihresgleichen suchen und Ältere in erster Linie helfen wollen, sprengt nicht den Erwartungshorizont.

Immerhin 52 Prozent der Alten sehen es aber auch als Ziel ihres Engagements an, „Spaß zusammen mit Gleichaltrigen“ zu haben.

Was tun angesichts dieser Ergebnisse, die das Auseinanderleben von Jung und Alt dokumentieren, zugleich aber auch den guten Willen zum Miteinander aufdecken, den offensichtlich ein erheblicher Teil der Menschen weiterhin aufbringt. Die Antwort auf die letzte Frage der im Februar 1999 durchgeführten Erhebung ergibt, daß die Menschen nicht erwarten, daß die Kommunen die Aufgaben an Fachkräfte delegieren oder gar neue „Beiräte für Fragen des Generationenverhältnisses“ schaffen sollten: Beratung und finanzielle, vor allem aber moralische Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements sind nach Überzeugung der Befragten die richtige Antwort auf die sich verstärkenden Probleme der Beziehungen von Jung und Alt in Deutschland. S. O.

Der Papst und sein Heimatland

Polen vor dem Besuch Johannes Pauls II.

Die Besuche Johannes Pauls II. in seinem Heimatland seit 1979 markieren die Entwicklung Polens von der Solidarność-Bewegung über das Kriegsrecht und das Ende des kommunistischen Systems bis zur zunehmenden Integration in die europäischen Institutionen. Heute kommen aus der katholischen Kirche Polens unterschiedliche Signale: Unsicherheit im Umgang mit der neuen Situation, nationalkonservative Resentiments, aber auch Bemühungen um mehr Offenheit.

Zum siebten Mal besucht Johannes Paul II. demnächst sein Heimatland Polen. Es wird sein längster Polenbesuch werden, seitdem er 1978 erster slawischer Papst in der Geschichte wurde. Die Tage zwischen dem 5. und dem 17. Juni, die er jetzt in Polen verbringen wird, sind mit Programmpunkten dicht besetzt. Er wird zwanzig Orte besuchen, insbesondere im Norden, Osten und Süden des Landes, da diese Pilgerreise als Fortsetzung seines letzten Besuches im Mai/Juni 1997 verstanden wird, als er sich vor allem im Westen und Süden aufhielt.

Die Wahl des Krakauer Erzbischofs *Karol Wojtyła* zum Papst 1978 und seine anschließende Triumphreise durch Polen im Juni 1979 gelten für viele Historiker, Politiker und die meisten Polen selbst als entscheidende Ereignisse auf dem Weg hin zum Ende des Ostblocks. Polen war zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich stark angeschlagen und vermehrt politischen Repressionen ausgesetzt. Der Unzufriedenheit habe damals nach Meinung des bekannten polnischen Journalisten *Adam Krzemiński* nur noch „ein zündender Funke“ gefehlt, „der die

schlummernden Energien der polnischen Gesellschaft hätte freisetzen können. Das war die Papstwahl“ (A. Krzeminski, Polen im 20. Jahrhundert, München 1993, 155).

Mit dem neuen Papst konnte sich das katholische Polen auf eine ganz andere, umfassende Weise identifizieren, als es mit dem Parteiapparat möglich gewesen wäre. Jeder einzelne Pole fühlte sich geehrt, gewürdigt und mit neuem Mut erfüllt. In seinem „Warschauer Tagebuch“ beschreibt der polnische Schriftsteller *Kazimierz Brandys* die Stimmung und die Haltung der herbeiströmenden Menschen kurz vor dem ersten Papstbesuch 1979: „Einen eigentümlichen Eindruck bei allem, was sich gegenwärtig in Warschau abspielt, ruft die Tatsache hervor, daß die Kirche die Herrschaft über die Stadt übernommen hat. (...) Wenn ich mit einem Wort umschreiben sollte, was ich beim Anblick dessen empfinde, was ich seit einigen Tagen sehe, dann würde ich sagen: Erstaunen. Nicht nur darüber, daß über dem Siegesplatz ein Kreuz emporragt, und nicht nur darüber, daß die Herrschenden schweigen, als hätten sie sich vor der Nation versteckt. Am erstaunlichsten ist, daß die Nation so geschickt ihre Wahrheit gehütet und bewahrt hat. (...) Es drängt sich ein schwerer Verdacht auf. Hat man nicht allzu voreilig über diese Masse geurteilt, als man bei ihr Apathie und Schwäche sehen oder in ihrer Knechtung durch das kümmerliche Alltagsdasein einen Mangel an geistigen Reserven erblicken wollte?“ (K. Brandys, Warschauer Tagebuch, Frankfurt/M. 1984, 121 f).

Die Papstbesuche als Stationen polnischer Zeitgeschichte

Mit der Papstwahl traten Konsequenzen ein, mit denen kaum jemand gerechnet hatte. Nach vielen Jahren richtete sich der Blick der Weltöffentlichkeit wieder auf Polen und rückte damit auch ganz Mittel- und Osteuropa mehr ins Blickfeld. Polen war in den Medien, die Gottesdienste mit hunderttausenden Besuchern riefen Interesse bei den Katholiken in Westeuropa hervor. Der Besuch stärkte nicht nur das Selbstbewußtsein der Bevölkerung, sondern gab der katholischen Kirche selbst eine ganz neue Kraft gegenüber der Regierung und destabilisierte letztere nachhaltig.

Bei seinem zweiten Polenbesuch im Juni 1983 herrschte dort seit mehr als anderthalb Jahren Kriegsrecht. Die Bevölkerung war seit dem Verbot der freien Gewerkschaft „*Solidarność*“ demoralisiert und zermürbt. Die Regierung erhoffte sich von dem Besuch innenpolitische Beruhigung und besonders auch die Aufhebung ihrer außenpolitischen Isolation. Von kirchlicher Seite hoffte man auf eine moralische Stärkung der Gläubigen.

Der Papst nahm bei seiner Reise eine vermittelnde Rolle ein. Er sprach sowohl mit Staatschef General *Jaruzelski* als auch mit dem Vorsitzenden der *Solidarność*-Bewegung, *Lech Wałęsa*. Er gewährte der Regierung nicht den von ihr erhofften

moralischen Rückhalt, forderte aber zugleich die Bevölkerung auf, von Haß und Widerstand abzulassen. Zugleich appellierte er an beide Seiten, den Dialog wieder aufzunehmen. Vier Wochen nach Ende des Papstbesuches wurde das Kriegsrecht aufgehoben.

Während seiner dritten Pastoralreise im Juni 1987 setzte Johannes Paul II. neue Akzente. Er hob in seinen Ansprachen die besondere Bedeutung der Menschenrechte hervor, vor allem auch das Recht der Gesellschaft, als Subjekt zu handeln und sich selbst zu organisieren. Auch auf Drängen Jaruzelskis, der sich von der Anerkennung durch den Vatikan eine Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft erhoffte, wurde danach eine gemeinsame Kommission aus Vertretern des Vatikans, des polnischen Episkopats und der Regierung gebildet. Mit der politischen Wende im Sommer 1989 kam es schließlich zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen.

Als der Papst im Sommer 1991 wieder nach Polen kam, waren der kommunistische Staat schon Vergangenheit, die Kirche frei vom staatlichen Diktat, und Demokratie und nationale Unabhängigkeit Wirklichkeit geworden. Auf dieser Reise äußerte sich Johannes Paul II. sehr kritisch gegenüber seinen Landsleuten und warf ihnen Mißbrauch der errungenen Freiheiten vor.

Die nächste offizielle Pastoralreise erfolgte erst sechs Jahre später. Bei einem elfstündigen informellen Besuch Johannes Pauls II. in Südpolen im Mai 1995 wurde ihm von Lech Wałęsa als erstem Polen in der neuen Republik die höchste staatliche Auszeichnung, der „Orden des Weißen Adlers“ verliehen, der ihm schon 1993 zuerkannt worden war. Die Vermutung, daß er damals den informellen Kurzbesuch einer offiziellen Pilgerreise wegen der postkommunistischen Regierung, die seit ihrer Machtübernahme 1993 die Ratifizierung des Konkordats erfolgreich verhinderte, vorzog, läßt sich nicht von der Hand weisen. Gleichzeitig wollte er aber den Vier-Jahres-Rhythmus seiner Polenreisen nicht ganz aufgeben.

Als offiziell fünfte Pastoralreise gilt daher der Besuch in Polen im Mai/Juni 1997. Die Erwartungen an diese Reise waren eher gedämpft. Die Kontroversen innerhalb der Kirche und ihren unterschiedlichen Richtungen, wie auch der Streit zwischen Kirche und postkommunistischer Regierung um die Verabschiedung des Konkordats und schließlich die bevorstehenden Parlamentswahlen waren im Vorfeld bestimmend. Der Besuch wurde dann aber in seinem Verlauf und auch anschließend viel positiver bewertet als erwartet. Besonders hoch rechnete man es dem Papst gerade auf Seiten der Kritiker an, daß er sich nicht zu den Parlamentswahlen geäußert hatte. Zugleich hatte er nicht auf Kritik an der Kirche Polens verzichtet, die mit zu viel Druck und Einflußnahme ihre (auch politischen) Vorstellungen durchzusetzen versuche. Die versöhnenden Schritte und besonders der Appell an Staat

und Kirche, sich um Eintracht zu bemühen, fanden weithin Anerkennung.

Auf den bevorstehenden Papstbesuch richten sich keine allzu großen Erwartungen. Viele Polen freuen sich einfach, daß Johannes Paul II. kommt, sein Heimatland noch einmal – vermutlich das letzte Mal – besucht. Die Zahl derer, die in Polen in der Öffentlichkeit deutlich Kritik am Papst üben würden, ist sehr gering. Auch viele Postkommunisten äußern sich begeistert nach Begegnungen mit Johannes Paul II. und sehen in ihm eines der wichtigsten Symbole ihres Landes. Er ist in Polen in gewisser Weise ein „heiliger Mann“.

In der Kirche stehen sich zwei Flügel gegenüber

Aber in was für ein Land, zu was für einer Kirche kommt Johannes Paul II. in den nächsten Tagen? Seitdem mit dem Ende des Kommunismus 1989 die klare und festumrissene Rolle der Kirche als wichtigste Gegenmacht zum kommunistischen Staatsapparat verloren ist, sucht sie nach ihrer neuen Position innerhalb des sich transformierenden polnischen Staates. Hatte sie sich vorher auf die umfassende Unterstützung der Bevölkerung verlassen können, geriet sie nach 1989 zunehmend in die gesellschaftliche Kritik. Ob es um Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen, um Verfassungsbestimmungen oder moralische Themen ging, jedes Mal ergriffen die Bischöfe das Wort – von vielen Gläubigen als anmaßend und selbstherrlich kritisiert.

Innerhalb der Amtskirche entwickelten sich in den letzten Jahren unterschiedliche Denkrichtungen, die verkürzt unter den Schlagworten „Liberalismus“ bzw. „Integrismus“ zusammengefaßt wurden. Die Unterschiede lassen sich vor allem an der Auslegung des Begriffs der Freiheit festmachen. Die Krakauer Zeitung „Tygodnik Powszechny“, Vertreterin eines offenen Katholizismus, sieht sich als Verfechterin eines Freiheitsverständnisses, „das neben seiner christlichen Verwurzelung auch den säkulären Friedensbewegungen den ihnen gebührenden Raum zugesteht“, während der Integrismus „eine Abgrenzung gegenüber der modernen westlichen Welt und den Aufbau einer alternativen Zivilisation“ fordert (*T. Mechtenberg*, Trendwende oder Zerreißprobe – Zur Situation der katholischen Kirche in Polen, in: Aktuelle Ostinformationen 3/4-98, 4). Nach Auffassung des früheren Herausgebers des „Tygodnik“ gibt es „einen Teil dieser kirchlichen Gemeinschaft, der noch immer so denkt, als hätte das Konzil nicht stattgefunden, das heißt konservativ und aggressiv. Und es gibt einen anderen Flügel in der Kirche, der im Geist des Konzils denkt, das heißt offen, im Dialog usw. Die zweite Richtung ist aber die Minderheit“ (*Jerzy Turowicz*, in: D. Körner, Katholiken in Polen – Gespräche mit Intellektuellen, Berlin 1998, 131).

Sinnbild für den national geprägten Integrismus wurde in den letzten Jahren das berühmt-berüchtigte „Radio Maria“,

die größte katholische Rundfunkstation in Polen. Seine Einmischung in sämtliche politische Entscheidungsprozesse, verbunden mit einer radikalen Ablehnung der Öffnung Polens nach Westeuropa und einer höchst aggressiven Sprache, haben ihm eine ebenso treue Anhängerschaft wie äußerst harsche Ablehnung eingebracht. Innerhalb des derzeit regierenden konservativen Wahlbündnisses AWS gibt es eine sogenannte, nicht unbedeutende „Radio Maria-Fraktion“, die bei zukünftigen, insbesondere außenpolitischen Entscheidungen ihren Einfluß ausüben könnte.

Während seiner letzten Polenreise hatte Johannes Paul II. ein Treffen mit *Tadeusz Rydzyk*, dem an der Spitze des Radios stehenden Ordenspriesters abgelehnt und indirekt in den Konflikt zwischen Episkopat und „Radio Maria“ eingegriffen. Er forderte vom Sender, sämtliche Formen der politischen Agitation zu beenden und auf seinen aggressiven Tonfall zu verzichten. Gleichzeitig ermahnte er die Bischöfe, sich für die „gesamte Glaubensvermittlung“ in den katholischen Medien verantwortlich zu fühlen. Den anschließenden Versuch der Bischöfe, Einfluß auf „Radio Maria“ zurückzugewinnen, kann man inzwischen als gescheitert ansehen – weder Inhalt noch Ton haben sich in letzter Zeit maßgeblich geändert.

Die derzeitige Stagnation der Amtskirche haben im März die Wahlen für den Vorsitz der Polnischen Bischofskonferenz gezeigt. Seit 18 Jahren leitet Primas *Józef Glemp* die Konferenz, seit er den hochgeschätzten Primas *Stefan Wyszyński* 1981 abgelöst hatte. Jetzt wurde Glemp für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Diese Wahl war für die meisten keine Überraschung. Fraglich war aber im Vorfeld gewesen, ob Glemp aufgrund der Rechtslage ein weiteres Mal kandidieren durfte. Vor drei Jahren war in den neuen Statuten der Bischofskonferenz festgelegt worden, daß die gesamte Amtsdauer eines Vorsitzenden zwei fünfjährige Perioden nicht überschreiten dürfe. Mit der Begründung, daß solche Regelungen nicht rückwirkend gelten, wurde eine Kandidatur Glems erneut zugelassen. Bischof *Tadeusz Pieronek*, einer der führenden Vertreter des progressiven Flügels im Episkopat, hatte sich dagegen ausgesprochen. Seiner Meinung nach habe man die Neuregelung verabschiedet, damit sich etwas in der polnischen Kirche ändern könne, und neue Ideen und Personen eine Chance bekämen (Wprost, 21.3.1999).

Die Wiederwahl Glems, der bei vielen als ein Mann der Mitte und des Ausgleiches gilt, wird als Wunsch nach Kontinuität interpretiert, ganz besonders im Jahr des Papstbesuches. Die Furcht vor einem Unbekannten, aber ebenso auch die praktische Überlegung, daß zugleich mit dem Ende der nächsten Amtszeit Glemp die Altersgrenze für Bischöfe erreicht, haben die Entscheidung mitbestimmt. Vielen im Episkopat erscheint Glemp als unersetzbar, habe er doch die polnische Kirche heil aus der kommunistischen Zeit in die Demokratie geführt. Daher solle er sie auch noch ins dritte Jahrtausend begleiten.

Die wirkliche Überraschung war hingegen die Wahl des Przemysler Erzbischofs *Józef Michalik* zum Stellvertreter Glemps. Sie bedeutet die Entscheidung für einen deutlich konservativen Bischof, der aufgrund verschiedener Äußerungen umstritten ist. So war er 1993 vor den Parlamentswahlen in die Schlagzeilen geraten, als er die Bevölkerung dazu aufrief, daß „ein Jude für einen Juden, ein Kommunist für einen Kommunisten und ein Katholik für einen Katholiken“ stimmen solle, und somit an die über 95 Prozent Katholiken in der polnischen Bevölkerung auf sehr zweifelhafte Art und Weise eine massive Wahlempfehlung aussprach.

Persönlich wird er einerseits als sehr machtbewußt und prinzipientreu, andererseits als warmherzig und guter Partner in der Zusammenarbeit beschrieben. Als Erzbischof der polnisch-ukrainischen Grenzdiözese hat er sich einen Namen als Mann des Dialoges mit der ukrainischen Seite gemacht und für eine Entspannung der verhärteten Situation gesorgt.

Kirchliche Zustimmung, aber auch Vorbehalte bei der Westintegration

Michalik löste den Erzbischof von Gnesen, *Henryk Muszyński*, als stellvertretenden Konferenzvorsitzenden ab. Muszyński hat sich als Vorsitzender des „Ausschusses für den christlich-jüdischen Dialog“ der Bischofskonferenz und Verfechter des ökumenischen Dialoges in Deutschland in den letzten Jahren einen ausgezeichneten Ruf erworben und wurde vor kurzem für seine Verdienste mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Im Vorfeld der Frühjahrsvollversammlung war er auch als möglicher Nachfolger Glemps im Konferenzvorsitz im Gespräch.

Aber das Wahlergebnis hat gezeigt, daß für eine Mehrheit des Episkopats „der Typ des intellektuellen Professors keine Autorität darstellt“ (Wprost, 21. 3. 1999). Daher hat ihm nach Meinung von *Klaus Ziemer*, Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, die Preisverleihung bei den Wahlen mehr geschadet als genützt. Eine der ersten, von der Presse gerne aufgegriffene Äußerung zu den Wahlergebnissen stammte von Bischof *Pieronek* „Nihil novi, und sogar schlimmer“ (Polityka, 20. 3. 1999). Diese spontane Aussage wurde zwar nachher von ihm selbst und anderen Mitgliedern des Episkopats relativiert, aber die Enttäuschung des liberalen und progressiven Flügels über diese Wahl war offenkundig.

Zum progressiven Flügel zählt mit Sicherheit weniger als ein Drittel der Bischöfe. Bischof *Pieronek* war vor einem Jahr als Sekretär der Bischofskonferenz ausgeschieden, nachdem er scharf von rechter katholischer Seite (insbesondere auch durch „Radio Maria“ und dessen Anhängerschaft), aber auch von einigen Geistlichen angegriffen worden war. Man warf ihm seine zu liberale Haltung, seine Europabegeisterung und Offenheit im Dialog mit anderen christlichen Gruppen vor.

Genau für diese Haltung wurde *Pieronek* im Mai 1998 mit dem Europapreis von der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung ausgezeichnet. Auf einer jährlich von der Stiftung in Warschau organisierten Europakonferenz hatte er schon ein Jahr vorher seine Überlegungen zur Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Europäischen Integration dargestellt und so als einer der ersten im Episkopat für eine positive Bewertung der Annäherung Polens an europäische Strukturen plädiert.

Seit Herbst 1998 laufen die offiziellen Beitrittsverhandlungen zwischen Polen und der Europäischen Union und seit März 1999 ist Polen Vollmitglied in der NATO. Diese außenpolitische Entwicklung wurde von sämtlichen Regierungsbündnissen in den neunziger Jahren mitgetragen. Auf eine der typischen Fragen bei Meinungsumfragen „Wenn es ein Referendum zum Beitritt zur Europäischen Union gäbe, wie würden Sie wählen?“ schwankt die Unterstützerzahl in ganz Polen zwischen 60 und 80 Prozent und liegt damit weiterhin hoch (vgl. *E. Skotnicka-Illasiewicz*, Polacy o Europie. Raport na temat wyników Badan opinii publicznej [Polen über Europa. Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Meinungsumfragen], in: *Studia Europejskie* 2/1997, 1. Jhg., 205), besonders im Vergleich zu der Haltung in anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten. In Tschechien lag 1997 die positive Zustimmung bei nur 35 Prozent und in Ungarn bei 46 Prozent.

In einer anderen Umfrage wurde aber deutlich, daß für einen Großteil der auf dem Land lebenden Polen ein Europäer genau die Eigenschaften hat, die ein Pole nicht besitzt und umgekehrt. So seien die wichtigsten Merkmale eines Polen Gastfreundschaft, Religiosität und Patriotismus. Diese drei Merkmale seien dagegen für einen Europäer völlig untypisch. Ein Europäer verfüge vor allem über unternehmerische Fähigkeiten, sei umweltbewußt, gebildet und kultiviert. Diese Eigenschaften wiederum finden sich auf der Merkmalskala des „typischen Polen“ ganz zuletzt. (*Piotr Górski*, Społeczno-kulturowe aspekty integracji Polski z Unia Europejska. Analiza postaw i wyobrazen mieszkancow wsi malopolskiej (Gesellschaftlich-kulturelle Aspekte der Integration Polens in die EU. Analyse der Haltung und Vorstellungen von Bewohnern des kleinpolnischen Dorfes, in: *Studia Europejskie* 1 [5] 1998, 2. Jhg. 137 ff.).

Hier werden Komplexe und Ängste der ländlichen Bevölkerung gleichermaßen deutlich. Sie befürchtet vor allem eine Infragestellung ihres jahrhundertlang tradierten Wertesystems (Pole=Patriot=Katholik) und ängstigt sich vor negativen, unmoralischen Einflüssen aus westeuropäischen Staaten. Für vieles, was es vor 1989 nicht gab, nicht geben durfte, wie Drogen, Prostitution, Homosexualität oder Pornofilme, kann jetzt die Annäherung an Westeuropa verantwortlich gemacht werden.

Innerhalb der politischen Klasse besteht durch die Parteien hindurch eine insgesamt positive Haltung gegenüber der eu-

ropäischen Integration. Als die proeuropäischste Partei gilt die derzeit mitregierende „Unia Wolności“ (Freiheitsunion). So mußte sie sich auch auf einer anti-europäischen Demonstration als „grabarz polskości“, als Totengräberin des Polentums, beschimpfen lassen (Gazeta Wyborza, 20.3.1998).

Für die polnische Kirche ist Europa weiterhin ein eher zweischneidiges Schwert. In den letzten Jahren wurden aber sowohl von Brüsseler Seite als auch in Polen selbst Anstrengungen unternommen, die Ängste gegenüber der oft als rein materialistisch und wertefeindlich empfundenen Europäischen Union bei der Kirche abzubauen. Ein Schritt hierzu war die Einladung nach Brüssel an eine Gruppe polnischer Geistlicher. Diese Reise von neun Bischöfen unter dem Vorsitz von Primas Glemp fand Anfang November 1997 statt und schwächte viele Befürchtungen und Vorurteile bei den kirchlichen Würdenträgern ab. Immer wieder wurde bei Gesprächen in Brüssel die wichtige Rolle religiöser Werte als Basis der europäischen Einigung betont, ebenso, daß sich die Union um die Bewahrung der nationalen, kulturellen und religiösen Identität der einzelnen Mitglieder bemühe. Die Bischöfe erlebten zudem vor Ort die Arbeit der europäischen Institutionen und knüpften Kontakte. Seit der Reise nimmt Polen mit Beobachterstatus an den Beratungen der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) teil.

Diese Reise, die die erstaunliche Wirkung hatte, daß von einer Woche auf die andere plötzlich die Haltung der Kirche gegenüber der Europäischen Union wie verwandelt schien – so ging wenigstens in Polen das Gerücht um – hat mit Sicherheit die offizielle Haltung der Kirche verändert. Zur Bewertung der Integration unter den katholischen Priestern ergab eine Meinungsumfrage nach der Bischofsreise überraschende Ergebnisse: Darin hatten sich 84 Prozent der Geistlichen für eine Integration Polens in die EU ausgesprochen und 44 Prozent den Wunsch nach einem Beitritt vor dem Jahr 2000 geäußert. 80 Prozent der Priester stellten sich die zukünftige EU als ein „Europa der Vaterländer“ vor und nicht etwa als „Vereinigten Staaten von Europa“. Da zugleich 54 Prozent der Priester in der Integration Gefahren für die Kirche sehen, sind die hohen Werte bei der grundsätzlichen Zustimmung zur EU-Erweiterung mit Vorsicht zu genießen. Die größten Ängste sind mit Sicherheit Verlustängste: die wieder errungene Souveränität und Unabhängigkeit gehe aufs Neue verloren, man würde durch die wirtschaftliche Schwäche angreifbar und verletzbar, materialistische Einstellungen nähmen zu, und die Gleichgültigkeit gegenüber Glaubensfragen würde wachsen.

Eine wichtige Initiative ging inzwischen von dem Warschauer Europäischen Informationszentrum und dem an die Akademie für Katholische Theologie angeschlossenen „Studium Generale Europa“ aus. Gemeinsam wurde 1998 ein Informationsheft „Die Europäische Union. Information über

die Kirchen“ herausgegeben. Es berichtet anschaulich über verschiedene Modelle des Verhältnisses Staat – Kirche in europäischen Ländern, stellt zu einer Reihe moralisch-religiöser Fragen die Auffassung der Europäischen Union dar (z. B.: Schutz des menschlichen Lebens, Freiheit und religiöse Gleichheit) und beschreibt die Haltung einzelner Kirchen gegenüber der Europäischen Union. 1000 dieser Hefte wurden an Erzbischöfe, Bischöfe und andere hohe kirchliche Würdenträger geschickt; bedauerlich ist, daß diese Informationen gerade die Priester, die auf dem Land oder in kleinen Städten tätig sind und über wenig Bildungsangebote verfügen, selten erreichen.

Da gerade dort der Priester auf Grund fehlender Alternativen oft über ein Informationsmonopol zu politischen, gesellschaftlichen und religiösen Themen verfügt, müssen Staat und kirchliche Gruppierungen immer mehr berücksichtigen, wie wichtig hier eine solide Informationspolitik für Laien und Priester ist. Allein die zahlreichen Bauerndemonstrationen und Straßensperren der letzten Monate waren deutliches Signal, daß die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung für den Integrationsprozeß rapide gesunken ist. Daher wird die zukünftige Integration auch davon abhängen, wie weit es möglich ist, die Kirche auf dem Land von der Richtigkeit der eingeschlagenen Richtung zu überzeugen.

Antisemitisches aus Danzig und Auschwitz

Gerade in letzter Zeit wurde auch in Deutschland immer wieder über zwei katholische „Persönlichkeiten“ berichtet, die durch ihr Verhalten und Auftreten dem Ansehen Polens im Ausland entschieden geschadet haben. Der Danziger Prälat *Henryk Jankowski*, ehemaliger Beichtvater von Lech Walesa und bekannt geworden durch seine deutlich antisemitischen Aussagen, und *Kazimierz Switon*, Verteidiger eines ganzen Waldes von Kreuzen auf dem sogenannten „Kiesplatz“ beim Stammlager Auschwitz.

Jankowski, Pfarrer der Danziger Brigittenkirche, hatte sich insbesondere Ende 1997 durch seinen Angriff gegen den derzeitigen polnischen Außenminister *Bronislaw Geremek* – „Eine jüdische Minderheit in unserer Regierung ist inakzeptabel“ – in die Schlagzeilen gebracht und wurde hierfür mit einem einjährigen Predigtverbot durch seinen Vorgesetzten, Erzbischof *Tadeusz Gocłowski*, belegt. Liberale Kreise der Kirche haben diese Maßregelung als entschieden zu milde verurteilt, während auch hohe Vertreter des Episkopats ihn vom Vorwurf des Antisemitismus freisprachen und seine menschlichen Vorzüge hervorhoben.

Das einjährige Predigtverbot ist inzwischen abgelaufen und so bleibt abzuwarten, wie die nächsten Provokationen Jankowskis, die viele auch mit seinem übertriebenen Geltungsbeußtsein erklären, aussehen werden. Zu seiner Verteidigung bildete sich schon früh ein Komitee zur Wahrung der kirchli-

chen Rechte des Prälaten und nicht wenige in Danzig stehen hinter ihm. So kann er auch bei deutlich antisemitischen Äußerungen sicher sein, daß er vielen aus dem Herzen spricht und die Zustimmung der katholischen Nationalisten und Integristen mit Sicherheit besitzt.

Harsch kritisierte der im christlich-jüdischen Dialog stark engagierte Jesuit *Stanislaw Musial* schon Ende 1997 das abwartende Verhalten seiner Landsleute gegenüber Jankowski: „In der gegenwärtigen Etappe ist das, was die Weltmeinung interessiert, nicht diese oder jene Ansicht und antisemitische Äußerung Priester Jankowskis, sondern die Frage: wie reagieren die Polen auf diese Äußerungen? Das ist für die internationale öffentliche Meinung wichtig und interessant. Und man darf dies den weltweiten, insbesondere westlichen Medien, nicht verübeln. Sie haben ein heiliges Recht darauf. Schließlich wollen wir in die Familie der europäischen Staaten kommen“ (Tygodnik Powszechny, 16. 11. 1997).

Erst seit der Wende 1989 ist in Polen Antisemitismus ein öffentliches Thema. Nach *Michal Czajkowski*, Professor für Bibelwissenschaft und Ökumene an der Akademie für Katholische Theologie sei „nach der Wende (...) der Antisemitismus“ aufgeblüht. „Antisemitische Flugblätter und Bücher wurden vor den Kirchen und Universitäten vertrieben. Die Antisemiten wollten die vielen Jahre des Schweigens nachholen.“ Gleichzeitig ist hierdurch das Thema vielen bewußt geworden und als Problem erkannt worden. Es entstanden Organisationen, die sich für den christlich-jüdischen Dialog stark machen, es werden Veranstaltungen zu jüdischen Themen angeboten und polnisch-israelische Begegnungen durchgeführt.

Daß das Thema wilde Früchte treiben kann, konnte man in den letzten Monaten in Auschwitz erleben. Die Diskussionen entzündeten sich an einem vor zehn Jahren in einer Nacht-Aktion auf dem „Kiesplatz“ errichteten Kreuz, das an den Tod von ungefähr 70 000 polnischen Katholiken dort erinnern sollte. Um dieses Kreuz entbrannte letztes Jahr ein schlimmer Streit, da es für viele Juden, die nach Auschwitz kommen, als christliches Symbol eine Provokation darstellt, die die Erinnerung an die über eine Million ermordeter Juden störe. Anfang August 1998 hatte sich Primas Glemp für den Verbleib des Kreuzes ausgesprochen: „Das ist polnisches Land... Die jüdische Seite sagt: Das Kreuz kann hier nicht stehen, weil hier Millionen Juden starben. Die christliche Seite sagt: Das Kreuz muß hier stehen, weil hier Tausende Christen starben, darunter auch jüdische Christen.“ Im Laufe des immer mehr eskalierenden Konfliktes wurde unter der Führerschaft von Kazimierz Switon ein ganzer Wald von Kreuzen auf dem Platz errichtet, auch entgegen der Weisung des Diözesanbischofs. Während Kirche und Regierung zu Beginn des Streites noch hofften, daß er sich von allein wieder legen würde, hat jedes neue Kreuz die Kluft vertieft. Sehr deutlich griff auch hier Stanislaw Musial das bisher

fehlende Durchgreifen der Kirche an: Es sei „höchste Zeit, daß die Kirche in Polen aufwacht und ihre Stimme gegen den Mißbrauch religiöser Symbole für außerreligiöse Zwecke erhebt“. Scharf verurteilte er die Priester und Geistlichen, die in der vorausgegangenen Zeit sich unter dem Motto „Verteidigt das Kreuz“ geäußert hatten, und forderte ein klares Wort vom Episkopat (Tygodnik Powszechny, 2. 8. 1998).

Die Kirche reagiert zu zögerlich

Dem folgte Ende August eine Erklärung der Bischofskonferenz, die insbesondere die Instrumentalisierung des Kreuzes als Provokations- und Kampfmittel verurteilte und den Vorschlag machte, die neuen Kreuze an „einem würdigen Platz in unseren Pfarreien und Gotteshäusern“ aufzustellen. Erst ein halbes Jahr später einigte sich die Regierung im Vorfeld des alljährlichen „Marsches der Lebenden“ in Auschwitz auf einen Gesetzentwurf, der Schutzzonen von 100 Metern um die ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager vorsieht.

Auf diese Weise sollen Gebiete wie der Kiesplatz vor vergleichbaren Aktionen geschützt werden. Die Woiwodschaft erhält so das Recht, in dem Gebiet Pachtverträge zu kündigen, Enteignungen vorzunehmen, über die Errichtung von Gebäuden und Symbolen, aber auch die Abhaltung von Demonstrationen im Einzelfall zu entscheiden. Die national-klerikale Partei ZChN innerhalb des Wahlbündnisses AWS sprach sich geschlossen gegen dieses Gesetz aus, was aber nicht verhinderte, daß es mit mehr als zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gebilligt wurde.

Wichtig ist festzuhalten, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung über das Wirken von Personen wie Jankowski oder Switon erbost ist. Der Kirche kann man in beiden Fällen vorwerfen, daß sie zu zögerlich, zu wenig eindeutig auf Verhaltensweisen, Ideen, Aktionen reagiert, die nichts mehr mit christlicher Menschenliebe zu tun haben und zudem das Bild Polens im Ausland denkbar ungünstig beeinflussen. Die Kirche reagiert auch so vorsichtig, weil es ihr zunehmend schwerer fällt, auf Neues einzugehen und sie sich nicht von alten Denkmustern und Strukturen lösen will. Wenn der katholische Priester *Michal Czajkowski* sich über Johannes Paul II. mit dem Satz äußert, daß dieser „trotzdem viel offener [sei] als der offenste polnische Bischof und der offenste polnische Theologe“ ist dies eine klare Herausforderung für die katholische Kirche in Polen (Das kritische Gewissen seiner Kirche – *Michal Czajkowski*, in: D. Körner, a.a.O., 331).

Es bleibt zu hoffen, daß der Papst bei seinem Abschiedsbesuch denen in Polen den Rücken stärken wird, die in einem offenen Katholizismus die Zukunft sehen und sich hierfür stark machen. Im Sinne des großartigen Krakauer Journalisten und Chefredakteurs des Tygodnik Powszechny, *Jerzy*

Turowicz, der am 27. Januar dieses Jahres im Alter von 86 Jahren in seiner Heimatstadt verstarb: „Ich denke, daß es für die Kirche in Polen am wichtigsten ist, daß sie lernt, gemäß dem Zweiten Vatikanischen Konzil zu denken. Das heißt, daß sie die Bedrohungen des Glaubens, die natürlich eine Herausforderung bleiben, nicht als den Erfolg feindlicher

Kräfte ansieht, sondern als eine Begleiterscheinung der heutigen Zivilisation. Sie sollte also nicht damit antworten, daß sie sich gegenüber der Außenwelt verschließt, sondern mit der Humanisierung der Gesellschaft und damit, daß sie Zeugnis ablegt in der Welt.“ (Der Doyen des polnischen Journalismus – Jerzy Turowicz, in: D. Körner, a.a.O., 133). *Ulrike Kind*

„Nicht noch einmal Srebrenica“

Ein Gespräch mit dem Politologen und Friedensforscher Gert Krell

Viel länger als geplant dauert nun schon der NATO-Einsatz gegen Serbien, mit dem Vertreibung und Ermordung der Kosovoalbaner verhindert werden sollte. Über die Ursachen des Kosovokrieges, die völkerrechtliche Problematik der NATO-Intervention und die Ambivalenz militärischer Mittel sprachen wir Anfang Mai mit dem Frankfurter Politologen und Friedensforscher Gert Krell. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Krell, Massenvertreibungen und endlose Flüchtlingstrecken, ein völkermordverdächtiges Vorgehen von Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppierungen – vor der eigenen Haustür hatte damit im westlichen Europa niemand mehr gerechnet. Die Erschütterung über diese neuen Konflikte manifestiert sich schon in Sprachverlegenheit: Mal ist vom Bürgerkrieg im Kosovo, mal von ethnischen Auseinandersetzungen die Rede. Das klassische Begriffsinstrumentarium scheint zur Charakterisierung und Kategorisierung dieser Konflikte kaum geeignet. Kann man das Kosovo-Drama als Krieg bezeichnen?

Krell: Wenn ein Konflikt eine solche Massendimension annimmt und mit organisierter Gewalt verbunden ist, dann muß man ihn wohl als Krieg bezeichnen. Auf begriffliche Unterscheidung und Abstufung sollte freilich nicht verzichtet werden. Es gibt ja in Europa, allerdings auf relativ kleiner Flamme, auch andere Auseinandersetzungen zwischen Religions- oder Volksgruppen: das Baskenproblem etwa oder den Nordirlandkonflikt. Sie erlangten aber nie diese Größenordnung, eskalierten nie zu Massenvertreibungen und Massenmorden, wie wir sie in den letzten Jahren auf dem Balkan erlebt haben. Äußerst vorsichtig sollten wir aber mit der sehr vordergründigen Charakterisierung „ethnischer Konflikt“ sein. Denn wahrscheinlich gehen wir mit dieser Kategorisierung den Rassisten schon auf den Leim. Es ist durchaus möglich, daß diese Konflikte ganz andere Ursachen haben, jedoch nachträglich sozusagen ethnisiert werden; das Ethnische – für sich schon eine recht fragwürdige Kategorie – wird instrumentalisiert für ganz andere Zwecke. Im Falle des Balkans scheint mir dies ein ganz entscheidender Punkt zu sein.

HK: Dabei scheint diese Kategorisierung schon höchst differenziert. Weil Christen gegen Muslime kämpfen, wird auch am Ende dieses Jahrhunderts die Renaissance religiöser Konflikte beschworen ...

Krell: Auch das sind sehr problematische Begriffe. Beispielsweise war Jugoslawien ein kommunistisches Land. Damit ist doch höchst fraglich, welche Rolle religiöse Bindung in der Bevölkerung überhaupt noch spielt. Da werden nun aus Geschichte und kultureller Tradition Vorstellungen wiederbelebt, die in vielen Fällen längst nicht mehr die trennende Bedeutung gehabt haben. Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn jetzt in der deutschen Presse überall von uralten Konflikten und uraltem Haß die Rede ist. Der Amselfeldmythos, die alte Ost-West-Linie zwischen Rom und Byzanz – da mag ein Körnchen Wahrheit daran sein. Nur, diese Erklärungsmuster reichen bei weitem nicht aus, um wirklich zu verstehen, was aktuell in Bosnien oder im Kosovo geschieht. Hier geht es sehr konkret um Macht, Machterhalt und die wirtschaftlichen Interessen bestimmter Gruppen, die sich eine allgemeine politische und gesellschaftliche Verunsicherung und natürlich auch die ökonomische Krise zunutzen machen. Die gegenseitige Abgrenzung von Serben und Albanern läßt sich hierfür bestens instrumentalisieren.

HK: Wie kann das westliche Europa, die Staatengemeinschaft mit den klassischen politischen und rechtlichen Instrumentarien auf solche Gruppen und ihre Machtstrategien reagieren?

Krell: Der Kosovo-Konflikt zeigt, daß es dafür keine Patentrezepte gibt. Gleichwohl wird uns dieses Problem speziell im